

Als ich im Sommersemester 1980 meine ersten Seminare bei Jacob Taubes an der Freien Universität Berlin besuchte, ahnte ich nicht, dass dieser ebenso charismatische wie autoritäre Professor der erste deutsche Judaist war. Klar war nur vom ersten Augenblick an: Dieser Professor war ein öffentlicher Jude und als solcher eine Ausnahmeerscheinung in der ansonsten ziemlich homogen deutsch-deutschen Professorenschaft der FU. Von 1961 an hatte er während der NS-Zeit als Rabbinersohn in Zürich erwachsen gewordene Taubes, von der Columbia University in New York kommand, an der FU gelehrt. 1963 wurde dort das erste Institut für Judaistik eröffnet, und Taubes hatte den ersten jemals an einer staatlichen Universität in Deutschland eingerichteten Lehrstuhl für ein Fach inne, das von den Anfängen im Jahr 1822 bis zur Schoa „Wissenschaft des Judentums“ geheißt hatte. Wegen des vorherrschenden Antisemitismus hatte diese Wissenschaft allerdings nie an den deutschen Universitäten Fuß fassen können. Die 1942 von den Nazis geschlossene Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin war eine privat finanzierte jüdische Einrichtung gewesen, welcher der Name Universität verwehrt blieb.

Erst nach der Schoa ist also an der FU Berlin der erste Lehrstuhl für die Wissenschaft des Judentums an einer deutschen Universität geschaffen worden. Folgerichtig ist in den Gründungsakten von einem „Wiedergutmachungslehrstuhl“ die Rede. Man nannte dieses Institut „Judaistik“, weil der Name „Wissenschaft des Judentums“ durch die Schoa buchstäblich verbrannt und diese Wissenschaft samt ihren jüdischen Protagonisten aus Deutschland vertrieben oder vernichtet worden war. Judaistik begann in der Ära Adenauer als ein akademischer Wiedergutmachungsversuch. Sie erinnerte an das verlorene Jüdische, bot deutsch-jüdische Geschichte und auch einige Rabbinica für junge deutsche Studenten. Allerdings waren in der Berliner Judaistik der 1960er und 1970er Jahre nur die Professoren jüdisch, die Studenten – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – nichtjüdisch und deutsch.

Von der Judaistik zu den Jüdischen Studien

Dann schlug 1983 mit der Berufung des jungen und dynamischen Professors Peter Schäfer von Köln nach Berlin die Stunde der jüdischen Hebraistik und Editionsphilologie. Wie in einer Parallellaktion zum politischen Biedermeier der Ära Kohl entpolitisierte sich die Judaistik. Der Nationalsozialismus und die Schoa waren in Medien und Öffentlichkeit wichtige Themen, aber die Debatten um Vergangenheitsbewältigung und Geschichtspolitik fanden in der Judaistik keinen Widerhall und wurden an die Geschichtswissenschaft abgetreten. Bezeichnenderweise gab es im berühmten Historikertreit von 1986/87 um die Singularität des Holocaust und dessen Bedeutung für die deutsche Gegenwart keine einzige publizistische Äußerung eines deutschen Judaisten.

Stattdessen galt die exzellente Beherrschung des Hebräischen und Aramäischen als Ausweis des „guten“ Judaisten. Das untergeordnete deutsche Judentum und seine Geschichte hatten in der Forschungs- und Lehrbetrieb solcher Judaistik allenfalls eine marginale Rolle. Noch randständiger war allenfalls die Rolle jüdischer Frauen, denn sie kamen, da nicht Autorinnen rabbinischer Literatur, praktisch nicht vor.

Die deutsche Wiedervereinigung von 1990 bedeutete auch für die Judaistik eine Zäsur. Denn in der DDR hatte es nur antizionistische Israel-Studien gegeben, keine institutionelle Fortsetzung der Wissenschaft des Judentums. Dadurch bot sich allerdings an ostdeutschen Universitäten wie Halle und Potsdam die einmalige Möglichkeit, erstmals und von Grund auf neue jüdische Studiengänge zu entwickeln. Wir konnten damals das Fach neu gestalten und öffnen. Folgerichtig wurde aus dem Singular „Judaistik“ die neue plurale Fachbezeichnung „Jüdische Studien“.

Neben der philologischen Kernkompetenz Hebräisch und neben der rabbinischen, großteils religiösen und philosophischen Literatur wurden die jüdische Geschichte von der Antike bis in die Gegenwart und die jüdischen Literaturen und Kulturen in anderen Sprachen wie beispielsweise Jiddisch in Forschung und Lehre integriert. In diesen pluridisziplinären Jüdischen Studien arbeiten, wie einst in der Wissenschaft des Judentums, Philologen und Philosophen, Religions- und Literaturwissenschaftler, Historiker und Soziologen in einem neuartigen Magisterstudiengang zusammen. Die Studenten, und immer mehr Studentinnen, stimmten mit den Füßen ab: Der Magisterstudiengang Jüdische Studien der Universität Potsdam wuchs explosionsartig.

Die Ausfaltung der Judaistik in Jüdische Studien und die Vertretung der neuen Fachgebiete durch eigene, spezialisierte Professuren setzte sich von Mitte der neunziger Jahre an nicht nur in Potsdam, sondern auch an der 1979 gegründeten Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg oder an der Universität Düsseldorf durch. Indem die Fixierung der alten Judaistik auf Hebräisch, Aramäisch und die rabbinische Literatur aufgebrochen wurde, welche die Judaistik eher im Umfeld der antiken Geschichte, des Alten Testaments, der Orientalistik oder der Ägyptologie eingebunden hatte, wurden deutsch-jüdische Geschichte, Literatur, jiddische Lyrik oder israelischer Film für die zeitgenössischen Kultur- und Literaturwissenschaften interessant. Mit einem Mal wurden Judentum und Juden als Teil der breiten europäischen Kulturen und Geschichte wahrgenommen, nicht mehr vornehm-



Modernes jüdisches Leben: Szene von der Einweihung eines Campus in Berlin

Foto Ullstein

Wir stören

Nach Jahren der Öffnung und Blüte sind die Jüdischen Studien heute wieder Zielscheibe des Antisemitismus. Beobachtungen zu ihrer kurzen Geschichte in Deutschland.

Von Christoph Schulte

lich als altorientalistisches oder religionswissenschaftliches Spezialfach.

Dieser akademische Paradigmenwechsel von der Judaistik zu den Jüdischen Studien war in den neunziger Jahren eingebettet in einen allgemeinen Wandel der Gedächtniskultur und Erinnerungspolitik. Korrigiert wurde nicht nur die schiefe, auf Antifaschismus orientierte Erinnerungskultur der DDR, in welcher das Verbrechen der Ermordung von sechs Millionen Juden, nur weil sie Juden waren, immer zurückerstanden hatte hinter dem Gedenken an den heldenhaften Kampf des sowjetischen Brudervolkes und an den antifaschistischen Widerstand der in den Konzentrationslagern umgebrachten Sozialisten und Kommunisten. Vielmehr beendete die Wiedervereinigung historisch wie symbolisch die Nachkriegszeit und erzwingt eine neue geschichtspolitische Einordnung und Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ und der Schoa. Die Überwindung der zweiten deutschen Diktatur konfrontierte eine ganze Politikergeneration, der „die Gnade der späten Geburt“ zuteilgeworden war, abermals mit den Verbrechen der NS-Diktatur: Wie sollen diejenigen, die nicht persönlich schuldig geworden, aber doch persönlich Teil dieser deutschen Geschichte und Gesellschaft waren, mit dieser deutschen Vergangenheit umgehen?

Unter diesen Vorzeichen wurde die Gestaltung der Neuen Wache unter den Linden in Berlin politisch zur Chefsache. Die ganze Republik nahm Anteil an der über ein Jahrzehnt währenden Debatte um die Ausschreibung, Planung, Gestaltung, Größe und den Bau des Holocaust-Mahnmals nach dem Entwurf von Peter Eisenman. 2001 wurde, ebenfalls nach langer öffentlicher Debatte, in der neuen Hauptstadt das größte jüdische Museum Europas eröffnet und ist seitdem eines der meistbesuchten Museen Berlins.

Die Präsenz der Schoa im öffentlichen Raum hat die deutsche Rechte von Beginn an gestört, denn sie verhinderte die von rechts erherrschte stolze Identifikation der deutschen Bürger mit der wiedervereinigten, neuen deutschen Nation und ihrer Geschichte. „Ich möchte verstehen, warum

in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie nie zuvor“, ereiferte sich der Schriftsteller und ehemalige Wehrmachtssoldat Martin Walser 1998 in seiner berühmten Rede in der Paulskirche und sprach von einer „Dauerrepräsentation unserer Schande“ in der neuen deutschen Erinnerungskultur. Er warnte vor der Instrumentalisierung dieser Schande und vor Auschwitz als „Moralkeule“.

Immigration aus Russland: Renaissance des jüdischen Lebens

Wenn Walsers Rede neuerdings noch in Björn Höckes Metapher vom Berliner Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ nachhallt und Höcke eine 180-Grad-Wende der Erinnerungskultur fordert, zeugt das von der Permanenz des Anliegens. Der „Vogelschiss“ (Alexander Gauland) des „Dritten Reichs“ und seiner Verbrechen stört die neonationalistische Identifikation mit der großen deutschen Geschichte und vermasselt der Wählerschaft jener extremen völkischen Rechten die Sehnsucht, einfach nur stolz auf ihr Vaterland sein zu dürfen. Sekundären Antisemitismus nennt man in der Forschung jenes dumpfbackige Gefühl, dass „wir“ wegen der Juden nicht stolz auf unser Land sein dürfen. Oder wie es in einem dem israelischen Psychoanalytiker Zvi Rix zugeschriebenen sarkastischen Aphorismus heißt: Die Deutschen werden den Juden nie vergeben, dass die ihnen Auschwitz angetan haben.

Die Stolpersteine Gunter Demnigs ebenso wie die Berliner Mahnmale und Großbauten standen sinnbildlich für den Wandel der deutschen Erinnerungskultur seit den frühen neunziger Jahren. Die Öffnung der Jüdischen Studien an den Universitäten zur modernen deutsch-jüdischen und europäisch-jüdischen Geschichte hatte dort ihren gesellschaftlichen Kontext, und der wiederum regte das Interesse von Politik und jungen Studierenden am Fach an und sorgte für steigende Studentenzahlen. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts wurden dann in der Bundesrepublik endlich auch zahlreiche, fachlich sehr unterschiedlich ausgerichtete Professorinnen

für Jüdische Studien und Jüdische Geschichte berufen. Die Rolle und die Kreativität von Frauen in jüdischer Geschichte und Literatur, angefangen von Gender in Bibel und Talmud bis zu russisch-deutsch-jüdischen und israelischen Autorinnen der Gegenwart, sind erstmals in der vollen Breite Thema der neuen Jüdischen Studien geworden.

Weit mehr noch als die allmähliche Pluralisierung und Öffnung gegenüber der Geschichte und den anderen Kulturwissenschaften hat ein anderes Ereignis der neunziger Jahre die Jüdischen Studien beeinflusst: die Migration von etwa 220 000 sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlingen samt Familienangehörigen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zwischen 1991 und 2004. Da die Kontingentflüchtlinge über die Bundesländer noch in die entferntesten Winkel Deutschlands verteilt wurden, entstanden selbst in Städten und Städten, wo es seit der NS-Zeit praktisch keine Juden mehr gegeben hatte, wieder jüdische Gemeinden, die von russischsprachigen Juden ins Leben gerufen und dominiert wurden. Die Zahl jüdischer Gemeindeglieder in Deutschland verdreifachte sich auf über 100 000, und die wiedervereinigte Hauptstadt Berlin hatte in den zwanzig Jahren nach 1989 durch die Zuwanderung von Zehntausenden Juden die am schnellsten wachsende jüdische Gemeinde der Welt.

Es entstand das „deutsche Judentum 2.0“ (Dmitrij Belkin), welches anders als das vertriebene und ausgelöschte alte deutsche Judentum sehr stark von der russischen Kultur geprägt ist. Die Renaissance jüdischen Lebens in Berlin – von neuen Kindergärten, Schulen und Rabbinerseminaren bis zu jüdischen Restaurants, Verlagen, Radiosendungen, Filmfestivals, Musikern und jungen Schriftstellern – zog auch amerikanische Juden und Tausende von Israels nach Berlin. Berlin wurde hip und zum deutsch-jüdisch-russisch-israelischen Hotspot wie sonst nur New York. Genau das können und müssen Jüdische Studien heute untersuchen.

Aber noch nachhaltiger wirkte die russisch-jüdische Zuwanderung dadurch, dass sie in Deutschland einen steigenden

Bedarf an Rabbinern, Kantoren und jüdischen Lehrern erzeugte. Während die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg die jüdische Lehrerbildung verstärkte, wurden in den Jüdischen Studien in Potsdam, sozusagen am Rand Berlins, in Zusammenarbeit mit dem vom Rabbiner Walter Homolka geleiteten Abraham Geiger Kolleg ab 1999 liberale Rabbinerinnen und Rabbiner akademisch ausgebildet, seit 2013 an der neugegründeten School of Jewish Theology auch konservative Rabbinerinnen und Rabbiner. Das erste Mal seit den Zeiten der 1942 zerstörten Wissenschaft des Judentums dienen Jüdische Studien in Deutschland damit nicht nur der reinen Wissenschaft, sondern der konkreten Berufsausbildung von jüdischen Lehrern und Sozialarbeitern in Heidelberg und von Kantoren und Rabbinern in Potsdam. Der lebendige Austausch zwischen jüdischen und nichtjüdischen Wissenschaftlern und Studenten wurde zu einer Normalität, die wir uns vor vierzig Jahren in der alten bundesrepublikanischen Judaistik nicht hätten träumen lassen.

Wieder ein Fremdkörper: Wiederkehr des völkischen Nationalismus

Dann passierte der Terroranschlag von Halle. Vier Potsdamer Studenten beteten dort an Jom Kippur in der Synagoge und haben mit Glück den rechtsterroristischen Anschlag überstanden. Seitdem stand ein Polizeiauto in Potsdam auf dem Campus: „Bedrohungslage“. An der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, einer Einrichtung des Zentralrats der Juden, waren die Wachmänner seit vielen Jahren normal, aber in Potsdam ist das neu. Wissenschaft findet unter Polizeischutz statt. Vorbei die Normalität, vorbei das ungezwungene Miteinander der Jüdischen Studien, der Jüdischen Theologie und der anderen Fächer. Wer unter Polizeischutz steht, ist sofort wieder der Exot, der schützenswerte Außenseiter. Wer geglaubt hatte, Jüdische Studien könnten jemals unpolitisch der reinen Wissenschaft frönen und „normales“ Fach wie Anglistik oder Romanistik sein, wird eines Besseren belehrt: Nach der Schoa und wegen der Schoa war nie etwas „normal“ in unserem Fach in Deutschland. Und das wird absehbar so bleiben.

Die Flüchtlingskrise von 2015 brachte mit vielen muslimischen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten auch eine merkliche Verstärkung antisemitischer Vorfälle auf Schulhöfen, Straßen und vor Synagogen mit sich, die sich am Feindbild des Staates Israel, seiner schieren Existenz und seiner Politik entzündeten und die teilweise in Gewaltakte mündeten: jeder Jude ein verhasster Zionist. Mit der Flüchtlingskrise von 2015 entstand in Deutschland aber auch eine neue Form des völkischen Nationalismus, der sich gegen Muslime, ihre Zuwanderung und ihre Integration in die „volksdeutsche Nation“ formierte und sich nach der Flüchtlingskrise von 2015 bei Pegida, bei Neonazi-Gruppen und in der „Identitären Bewegung“ auch auf den deutschen Straßen massiv bemerkbar machte. In den Diskursen dieses neuen völkischen Nationalismus sind Muslime nicht integrierbare Fremde, die dem biologisch verstandenen „Volkskörper“ der deutschen Nation niemals angehören können.

Auch im alten völkischen Nationalismus, seitdem die antisemitischen Nationalisten Fichte, Rühs und der Turnvater Jahm im frühen 19. Jahrhundert den Germanen als Urahnen des modernen Deutschen erfunden hatten, waren die Juden als Kinder Abrahams aus der deutschen Nation ausgeschlossen. Zum deutschen Volk gehörte nur, wer von den Germanen abstammte, die Juden also nicht. Dieser Grundsatz des völkischen Nationalismus prägte so noch die Nürnberger Rassengesetze. Der neue völkische Nationalismus in Deutschland ethnisiert und exotisiert nun auch die Juden wieder. Der Rechtsterrorismus ist davon nur der extreme Ausdruck. Es war kein Zufall, sondern, wie wahnhaft auch immer, sinnbildlicher Ausdruck deutsch-völkischer Fremdenhasses, dass der Attentäter von Halle, nachdem ihm das Eindringen in die Synagoge und das Morden von Juden misslang, stattdessen vor einen Dönerimbiss fuhr und dort kaltblütig einen unschuldigen Mann tötete, weil er ihn für einen Muslim hielt.

Natürlich teilt die breite Mehrheitsgesellschaft diese Weltanschauung, und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wird von Politik und Mehrheitsgesellschaft verteidigt. Aber dass Juden nun wieder stärker geschützt werden müssen, dass sie nicht mehr angstfrei anders sein können, macht sie zu irgendeiner besonderen, andersartigen Deutschen. Nennen wir es: eine neue Stigmatisierung und Exotisierung des Jüdischen.

Jene Menschen, die Juden hassen, werden die Judaistik und die Jüdischen Studien kaum erreichen und umstimmen. Es ist gut möglich, dass die Jüdischen Studien solchen Hass auf sich ziehen, denn sie repräsentieren die Erinnerung an das Jüdische in Deutschland und Europa, auch die Erinnerung an die Schoa und an den Versuch der Vernichtung des europäischen Judentums im Namen des deutschen Volkes. Damit stehen Jüdische Studien auch für die nicht mehr gewollte Dauerrepräsentation der deutschen Schande.

Diese Rolle müssen wir reflektieren, obwohl wir eigentlich ganz anderes wollen: Wir wollen die über dreitausend Jahre alte, reiche jüdische Geschichte, Religion und Kultur erforschen und vermitteln, nicht Judentum und Juden auf Opfer von Mord und Pogromen der Nichtjuden reduzieren. Aber so etwas interessiert die neuen Antisemiten nicht. Das müssen die Jüdischen Studien von 2020 wissen: Sie stören. Aber das ist gut so. Und sie werden sich weder verstecken noch auch nur einen Zentimeter weichen.

Christoph Schulte ist Professor für Jüdische Studien und Philosophie an der Universität Potsdam.

Delegiertes Vertrauen

Länderverpflichtungen zum Zukunftsvertrag

Die Autonomie der Hochschulen kann je nach Standpunkt ein Ärgernis sein oder die gesetzliche Grundlage für die „Entfaltung der vollen Leistungsfähigkeit der Hochschulen“. So verteidigt sie jedenfalls die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Den Ländern obliege fraglos die Rechtsaufsicht über ihre Hochschulen, sie sollten sich aber, so die HRK zuletzt 2018, „auf diesen Kernbereich beschränken“ und von Detailsteuerung und kleinteiligen Indikatoren Abstand nehmen.

Fürs Kleinteilige ist beim Bund traditionell der Bundesrechnungshof zuständig. Der hatte vor einem Jahr die intransparente und teils zweckfremde Verwendung der Gelder des Hochschulpaktes kritisiert und damit für Unruhe in den laufenden Verhandlungen über dessen Nachfolger, den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“, gesorgt. Bund und Länder versprochen eilends Verbesserungen: Die beanstandete „Intransparenz“ des Berichtswesens und die „Zweckentfremdung“ der Mittelvergabe werde es beim neuen „Zukunftsvertrag“ nicht geben.

Am Freitag hat der Bund nun die Erklärungen der Länder abgesehen, mit denen diese sich auf die korrekte Ausgabe der Gelder verpflichten. 13,84 Milliarden bekommen sie in den Jahren 2021 bis 2027 für die Gestaltung von Studium und Lehre vom Bund, den gleichen Betrag wollen sie selbst noch einmal drauflegen. Bundesministerin Anja Karliczek lobte prompt die „maßgeschneiderten Konzepte, die, wie der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Konrad Wolf hinzufügte, „ein hohes Maß an Transparenz“ beim Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Hochschulen gewährten. Genau das darf jedoch bezweifelt werden.

Natürlich konnte der Bund die Vorwürfe seines Rechnungshofes nicht ignorieren. Er musste zeigen, wie er die sachgerechte Verwendung der Bundesgelder kontrollieren und Missbrauch sanktionieren will. Gleichzeitig musste er den Ländern signalisieren, dass er ihre Autonomie nicht antaste. Den Ländern hat er zu diesem Zweck beispielsweise eine jährliche „Berichtspflicht“ über die „Umsetzung des Zukunftsvertrages im Vorvorjahr“ auferlegt. Klingt großartig, gab es aber schon seit 2007 bei den Vorgängern des jetzigen Paktes. Diese jährlichen Berichte der Länder wurden seit jeher von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) zusammengefasst und veröffentlicht – und haben nie jemanden interessiert. Der Bund hat auch vor der Kritik des Rechnungshofes keinen Grund gefunden, etwas an dieser Form des „Nachweises“ zu bemängeln.

Die neuen Erklärungen der Länder unterscheiden sich im Umfang beträchtlich. Baden-Württemberg stellt beispielsweise gleich zu Beginn klar, dass der Anteil der Bundesmittel aus dem Hochschulpaket ohnehin nur rund sechs bis sieben Prozent der Summe ausgemacht hätte, mit der das Land seine Hochschulen finanziere. Ansonsten wechselt die Erklärung auf die neue Finanzierungsvereinbarung, die Baden-Württemberg gerade mit seinen Universitäten abgeschlossen hat. Die Mittel des Zukunftsvertrages würden darin „vollumfänglich“ integriert. Damit sei dessen Umsetzung gewährleistet, wohlgedemert, „entsprechend der spezifischen Herausforderungen und Bedarfe des Landes“. Sind die Gelder aus Berlin erst einmal eingestrichen, werde „eine Trennung von Landes- und Bundesmittelanteilen nicht mehr vorgenommen“, stellt die Vereinbarung fest.

Und wie ist dann sichergestellt, dass die Bundesanteile zweckgebunden ausgeben werden? Der Bund soll sich wohl auf die Vereinbarung verlassen, die das Land seinerseits mit seinen Hochschulen geschlossen hat. Im Prinzip läuft das auf nichts anderes als die Delegation der Kontrolle an die Länder hinaus. Der Ausbau der Grundfinanzierung, so die Beamten des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums, sei immer mit einem „gewaltigen Vertrauensvorschuss“ in die Fähigkeit der Hochschulen zur Selbstverwaltung verbunden. Wer, wie der Bund, rund zwanzig Prozent der Hochschulfinanzierung in Deutschland übernommen hat, muss sich seinerseits über den gewaltigen Vertrauensvorschuss im Klaren sein, den er gegenüber den Ländern leistet. In fünf Jahren soll der Wissenschaftsrat die Umsetzung des Zukunftsvertrages erstmalig evaluieren. Es wäre wünschenswert, wenn der Vorschuss bis dahin reicht. GERALD WAGNER